



Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e.V.

„Zeitenwende in Europa“



03.-04. November 2022 im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho

Eigentlich sollte sich diese Fachtagung der Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute e.V. mit dem Thema „Alltagsdiskriminierung“ befassen, dem zweiten aktuellen Schwerpunktthema des Verbandes neben dem Thema „Inklusion“. Doch der Angriff Russlands auf das Nachbarland Ukraine im Februar 2022 stellt für Europa eine so große Zäsur dar, dass die Mitgliedseinrichtungen im Frühjahr spontan beschlossen, die Fachtagung diesem Thema zu widmen und sich als Ost-West-Institute über die Ursachen und Folgen des Angriffskrieges auszutauschen. Mit Unterstützung innerverbandlicher und externer Experten fand die Fachtagung vom 3.-4. November im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho statt. Die geplante Fachtagung zum Thema „Alltagsdiskriminierung“ wird im kommenden Frühjahr nachgeholt.



Nach der Begrüßung der Teilnehmenden durch den Leiter des GESW Dr. Gerhard Schüsselbauer und die Vorstandsvorsitzende der AG OWI Prof.‘in Dr. Beate Rosenzweig startete die Fachtagung mit einem Vortrag von Dr. Uwe Berndt (Studienhaus Wiesneck) zu den Ursachen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Anhand klassischer Theorien aus dem Bereich der internationalen Beziehungen zeigte Herr Berndt unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten dazu auf, wie der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine derart eskalieren konnte. Realistische und geopolitische Ansätze greifen dabei seiner Meinung nach zu kurz, da innenpolitische Entwicklungen zu wenig Beachtung fänden. Vielmehr sei der russische Angriff am 24. Februar 2022 durch eine Mischung aus Fehleinschätzungen, innenpolitischen Gründen und persönlichen Motiven Putins zu erklären. Die dramatische Fehleinschätzung des Kremls bezieht sich insbesondere auf die militärischen Stärkeverhältnisse und den Widerstandswillens der ukrainischen Bevölkerung. Die Gleichsetzung von „russischsprachig“ mit einem „Zugehörigkeitsgefühl zu Russland“, eine Vorstellung, die auch lange im westlichen Europa verbreitet gewesen sei, sei spätestens seit dem





verstärkten „Nation Building“ in der Ukraine seit 2004 bzw. 2014 falsch. Diese Fehleinschätzungen Putins lassen sich nach Uwe Berndt auch als Produkt des politischen Systems verstehen, das durch die zunehmende Entwicklung Russlands von einer Autokratie hin zur Diktatur keine Kritik innerhalb des Kremls mehr zulasse.

Weitere Gründe für die Eskalation ließen sich in der Biographie Vladimir Putins ausmachen, die geprägt sei von der Erfahrung des Zerfalls der Sowjetunion und der Vorstellung der Wiederherstellung der russischen Großmachtstellung, inklusive einer erneuten territorialen Ausdehnung. Erst 2021 sprach Putin der Ukraine ihr Existenzrecht als eigenständiger Staat ab. Im zweiten Teil des Vortrags gab Herr Berndt als Politikwissenschaftler und Osteuropa-Historiker noch einen Einblick in, von der deutschen Perspektive teils divergierende Sichtweisen mittel- und osteuropäischer Staaten auf den Krieg. Dabei betonte er das historisch begründet große Misstrauen vieler osteuropäischer Staaten gegenüber Russland, aber auch gegenüber Deutschlands Sonderbeziehungen zu Russland in den vergangenen Jahren. Aber auch pro-russische Bewegungen, beispielsweise in Bulgarien oder die ambivalente Haltung Ungarns wurden thematisiert.

In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere die Frage diskutiert, an welchem Punkt Vladimir Putin für eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Westen verloren gegangen sei, sowie unterschiedliche Szenarien für die weitere Entwicklung des Konflikts.



Im zweiten Teil der Fachtagung ging Prof. Dr. Andreas Marchetti, Geschäftsführer von politglott und Hochschuldozent an der Universität Paderborn und Science Po Paris der Frage nach, inwiefern der russische Angriff die Notwendigkeit einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur begründe. Hierfür skizzierte er in einem ersten Schritt die Entwicklungslinien einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsarchitektur seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und die daraus resultierende Neuorientierung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Zusammenspiel mit der NATO.



Des Weiteren verdeutlichte er das Auseinanderdriften der Beziehungen der EU mit der Ukraine und mit Russland seit Beginn der 2000er Jahre. Während das Verhältnis mit der Ukraine über die Europäische Nachbarschaftspolitik und das Assoziierungsabkommen bis hin zur Gewährung des Beitrittskandidatenstatus nach dem Angriff Russlands 2022 immer enger wurde, verschlechterte sich das Verhältnis zu Russland spätestens seit dem Kaukasuskrieg 2008 und der Annexion der Krim 2014 deutlich.



Aktuell konstatierte Herr Marchetti ein Zusammenrücken der europäischen Staaten und des globalen Westens angesichts der russischen Aggression. Dies zeige sich zum Beispiel durch die neue Beteiligung Dänemarks an der europäischen Sicherheitspolitik, die Wiederaufnahme bzw. Beschleunigung des Erweiterungsprozesses oder auch die Beitrittsgesuche bislang neutraler Staaten zur NATO. Außerdem sei eine Refokussierung der Sicherheitspolitik auf Territorialverteidigung sowie militärische Fähigkeiten zu beobachten, wenngleich kooperative Ansätze weiterhin nicht ausgeschlossen würden.

Herr Marchetti sprach sich in dieser fragilen Umbruchsituation dafür aus, erstens die europäische Resilienz durch Mechanismen zur Gewährleistung der inneren Ordnung sowie durch den Abbau von Abhängigkeiten gegenüber Drittstaaten zu stärken. Zweitens sei es im Interesse Europas, durch eine zunehmende Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und die Stärkung der eigenen Abwehr- und Durchsetzungsfähigkeit eine sich neu formierende multipolare Weltordnung aktiv mitzugestalten. Vor allem die Frage, wie die EU sich angesichts des fragilen Bündnisses mit den USA, das stark an die politischen Mehrheitsverhältnisse in Washington geknüpft ist, aufstellen sollte, sorgte im Anschluss an den Vortrag für weitere Diskussionen.

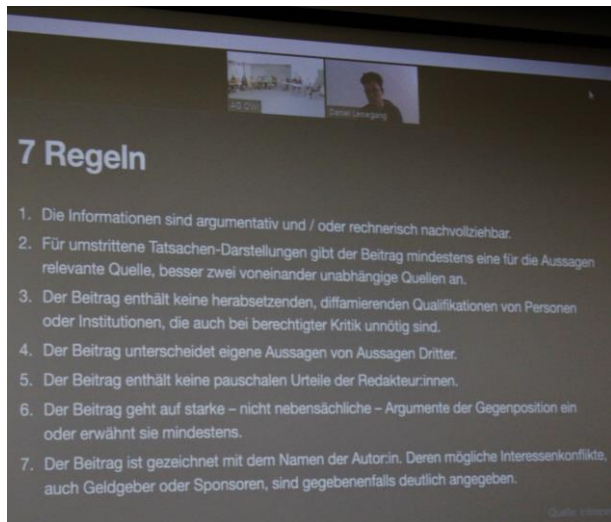


Zum Abschluss des ersten Tages der Fachtagung wurde der Co-Chefredakteur des Onlineportals netzpolitik.org, Daniel Leisegang online zugeschaltet. In Zeiten zunehmender Falschinformationen und Kriegspropaganda stellt sich die Frage, wie Journalist*innen, aber auch politische Bildner*innen und Jugendliche weiterhin an seriöse Informationen kommen können. In seinem Beitrag reflektierte Herr Leisegang zunächst, warum diese Frage so an Brisanz gewonnen hat und stellte in diesem Zuge zentrale Veränderungen der letzten Jahre heraus. Zum einen hätten sich die Informationsquellen deutlich von Zeitung und Fernsehen hin zur digitalen Sphäre verschoben. Zum anderen seien die zu verarbeitenden Nachrichten deutlich komplexer geworden, was viele Menschen dazu treibe, wieder nach einfachen Antworten zu suchen, die sie bei Populisten und Verschwörungstheoretikern finden. Diese Entwicklung habe auch dazu geführt, dass Angriffe auf Medienschaffende, die von Populisten oftmals als Verbündete des „Systems“ angesehen werden, in den letzten Jahren auch in Deutschland massiv zugenommen haben.





Im aktuellen Kriegsgeschehen habe sich die Entwicklung, dass im Internet prinzipiell jeder zum Nachrichtensender werden kann, nochmals intensiviert. Vor allem TikTok, das durch die dort geposteten Videos besonders emotionalisierend wirken kann, wird genutzt, um einerseits korrekte Informationen andererseits aber auch Propaganda und Falschnachrichten schnell und ungefiltert zu verbreiten.



Trotz all dieser Veränderungen, hätten sich die Ansprüche an die Seriosität einer Quelle nicht grundlegend verändert. Herr Leisegang präsentierte zum Abschluss seines Vortrages sieben Regeln, die man für die Bewertung der Seriosität einer Nachricht heranziehen kann, beginnend bei der nachvollziehbaren Argumentation, über die Nennung der relevanten, im besten Fall mehrerer, voneinander unabhängigen Quellen, bis hin zur Kenntlichkeit der Autoren der Nachricht. Aufgabe der Journalisten sei es zudem, nicht im Sinne einer falsch verstandenen Neutralität, nachgewiesenermaßen falschen Positionen, den gleichen Raum zu gewähren, wie wissenschaftlich nachweisbaren.

Der abschließende Vortrag der Fachtagung widmete sich am zweiten Tag den wirtschaftlichen Implikationen des Kriegs gegen die Ukraine. Herr Dr. Gerhard Schüsselbauer vom GESW betonte dabei, dass sich die aktuellen wirtschaftlichen Turbulenzen nicht nur durch den Krieg erklären lassen, sondern in Zusammenhang mit dem vorhergehenden zweiten exogenen Schock, der Corona-Pandemie betrachtet werden müssen. Zudem trügen innereuropäische Probleme, wie die Uneinigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten oder eine zu zögerlich agierende Politik der europäischen Zentralbank auf absehbare Preissteigerungen zu den Problemen bei. Ebenso benannte Herr Schüsselbauer die große Abhängigkeit Europas von Importen, beispielsweise fossiler Energieträger aus Russland, sowie von Zulieferern aus China als aktuelle Treiber der Inflation im Sinne einer angebotsseitigen Verknappung von Waren.

Doch nicht nur die europäische, sondern auch Russlands Wirtschaft werde durch den Krieg und die daraufhin verhängten Sanktionen massiv in Mitleidenschaft gezogen. So sei in den nächsten Jahren sowohl in Russland, als auch in der EU eine deutlich negative wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten.

Gewinner der aktuellen Situation könnte dagegen China sein, das aktuell von billigen Energieimporten aus Russland profitiere. Die Rolle Chinas in dem Konflikt und die Auswirkungen der wirtschaftlichen Transformation auf die weltpolitische Machtbalance waren auch Themen der anschließenden Diskussion. Ebenso wurde diskutiert, inwieweit die aktuellen Probleme auch Chancen zur Modernisierung, beispielsweise im Bereich der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien, bieten könnten.





**Arbeitsgemeinschaft
der Ost-West-Institute e.V.**

Arbeitsgemeinschaft
der Ost-West-Institute e.V.
Geschäftsstelle
Südfeldstraße 2-4
32602 Vlotho

Telefon: +49(0)7661 - 987527
Mail: info@ost-west-institute.de
Homepage: www.ost-west-institute.de

